

**Zeitschrift:** Wissen und Leben  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 23 (1920-1921)

**Artikel:** Gedanken zur Londoner Konferenz  
**Autor:** Fernau, Hermann  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-749724>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 25.12.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## GEDANKEN ZUR LONDONER KONFERENZ

Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes und des Versailler Vertrags hat vielleicht kein Ereignis so einschneidenden Einfluss auf die europäische Politik ausgeübt, wie die Anfang März in London stattgefundene Konferenz. Die Entente wünschte mit Deutschland zu einer Verständigung über die Wiedergutmachung der Kriegsschäden und über die Entwaffnung zu kommen. Ihre Vorschläge (226 in 42 Jahren zahlbare Milliarden Goldmark nebst 12 0/0 Ausfuhrtaxe) wirkten empörend auf das deutsche Volk. Die deutsche Regierung benutzte die dadurch geschaffene Proteststimmung zu einem Gegenvorschlag (50 in 30 Jahren zahlbare Milliarden unter Anrechnung von 20 bereits gezahlten und Streichung der Exportabgabe), der seinerseits empörend auf die Ententevertreter wirkte. Die Folge davon war, dass die Alliierten die Verhandlungen kurzerhand abbrachen und gegen Deutschland die sogenannten „Sanktionen“ verhängten (Besetzung rechtsrheinischer Brückenköpfe, Herstellung einer neuen Zollgrenze am Rhein, Erhebung eines 50 0/0igen Strafzolls auf Wiedergutmachungskonto).

Also wiederum *Gewalt* statt Verständigung. Die Gewalt war von jeher die Zuflucht für Unfähigkeit. Ihre Anwendung ist verlockend, denn sie ist leicht. Man kann sie unmittelbar wirken lassen und dadurch den meistens unbequemen Weg der Logik und des Rechts umgehen. Manchmal freilich ist die Gewalt ein Mittel und eine Notwendigkeit. Aber sie sollte das *letzte* und nicht das erste Mittel sein und immer nur mit äußerster Vorsicht angewandt werden. Jedem klugen Ententestaatsmann sollte es genügen, den Krieg mit den Mitteln der Gewalt gewonnen zu haben; unter allen Umständen sollte er versuchen, den Frieden jetzt mit den Mitteln des Rechts und der Verständigung zu gewinnen.

Die Entente rechtfertigt die gegen Deutschland verhängten Sanktionen offiziell mit dem Versailler Vertrag. Aber nichts in diesem Vertrag gibt ihr ein Recht dazu. Der Vertrag bestimmt nur, dass eine sogenannte Wiedergutmachungs-Kommission den von Deutschland zahlbaren Betrag und die Zahlungsmodalitäten festsetzen soll; die Zahlungsperiode soll dreißig Jahre nicht überschreiten und das

Gutachten der Kommission soll spätestens am 1. Mai 1921 vorgelegt werden (Artikel 233). Die Alliierten haben sich an diese klaren Bestimmungen nicht gehalten, sondern Deutschland schon am 29. Januar (also zwölf Wochen *vor* der vereinbarten Frist) eine phantastische Rechnung vorgelegt, die

1. *keine* fest umgrenzte Summe fordert, sondern infolge der vorgeschlagenen Exportabgabe die Höhe der deutschen Schuld von der Entwicklung des deutschen Ausfuhrhandels abhängig macht,

2. die Zahlungsdauer nicht auf dreißig, sondern auf zweiundvierzig Jahre *ausdehnt*,

3. endlich durch Inhalt und Sprache wie ein *Ultimatum* auf das deutsche Volk wirken musste.

Nachdem Deutschland den Versailler Vertrag unterzeichnet und mehr als einmal durch seine führenden Männer hat erklären lassen, dass es bereit sei, die Kriegsschäden bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit wiedergutzumachen, hätte man sich ein solches Vorgehen ruhig ersparen können. Die „Sanktionen“ sind also, wofern wir das Vertragsrecht als Grundlage nehmen, reine Gewaltakte, die noch besonders dadurch verhässlicht werden, dass sich die Pariser Vorschläge, nochmals betont, ganz und gar nicht im Rahmen des Versailler Vertrages bewegten.

Hat die Entente dergestalt abermals ihre Vorliebe für Gewaltmaßnahmen bekundet, so kann man dem deutschen Außenminister, Dr. Simons, nicht den Vorwurf ersparen, sie bis zu einem gewissen Grade dazu ermutigt zu haben. Ich spreche hier nicht davon, dass sein Gegenvorschlag den Ententevertretern schon rein ziffernmäßig undiskutierbar erscheinen musste. Sondern von der ganzen Art und Weise seines Auftretens. Er anerkannte die deutsche Wiedergutmachungspflicht nicht deshalb, weil die ehemalige kaiserlich deutsche Regierung die *Schuld* am Kriegsausbruch trägt, sondern deshalb, weil Deutschland der *besiegte Teil* ist. Das heißt, dass auch in den Augen des Dr. Simons der achte Teil des Versailler Vertrags (Wiedergutmachungen) nicht auf einem über Sieg und Niederlage erhabenen *Recht* beruht, sondern auf einer durch den Waffensieg geschaffenen Gewalt des Stärkeren. Dr. Simons erklärte (Interview in den *Sunday Times* vom 5. März) ausdrücklich, „dass Deutschland durch die Unterzeichnung des Vertrages zugibt, dass es den Krieg verloren hat“, dass „man aber nicht erwarten kann, dass

eine Nation sich von Zeit zu Zeit in einen Gerichtssaal begibt, um da mit erhobener Stimme ihre Schuld selbst zu verkünden“. „Mein Standpunkt ist, dass wir für den Krieg verantwortlich sind, *aber andere Völker sind es auch*. Unsere Verantwortlichkeit am Krieg ist nicht die einzige. Die Verantwortung ist eine Frage des Grades.“

Herausfordernder und oberflächlicher hätte auch ein Alldeutscher nicht sprechen können. Man braucht nicht einmal feinhörig zu sein, um aus diesen Reden herauszuhören, dass Dr. Simons mehr Respekt vor der Gewalt der Sieger als vor der historischen Wahrheit besitzt. Das Bild von dem „Gerichtssaal“ ist gründlich unpassend und falsch, weil Dr. Simons es auf eine *Nation* anwendet. Kein historisch Gebildeter wird bei der Diskussion der Kriegsverantwortung jemals von einer Schuld von „Nationen“ oder „Völkern“ zu sprechen wagen, denn die ganze Weltgeschichte ist eine einzige Beweiskette dafür, dass Kriege nur immer von einzelnen Menschen oder Gruppen von Menschen angezettelt wurden, die die politische Macht besaßen.<sup>1)</sup>

Dr. Simons „Standpunkt“ (das deutsche „Volk“ habe zwar starken Anteil an der Schuld am Kriege, aber jedes andere Volk auch ein bisschen) ist der Standpunkt eines Bierbankphilosophen; jeder Versuch, die Schuldfrage von diesem Standpunkt aus zu diskutieren, wird immer in einem uferlosen Geschwätz endigen, bei dem man, wie der Volksmund sagt, „vom hundertsten ins tausendste“ kommt. — War die Entente schon von Anfang an geneigt, Gewalt gegen Deutschland zu gebrauchen, dann musste ihr dieser „Standpunkt“ des deutschen Außenministers den schönsten Anlass dazu bieten.

Instinktive Vorliebe für Gewaltmethoden auf der einen, instink-

---

<sup>1)</sup> In seiner Botschaft vom 2. April 1917 sagte Präsident Wilson sehr richtig: „Nicht das Drängen des deutschen *Volkes* trieb seine Regierung in den Krieg; das deutsche Volk *wusste* und erfuhr *nichts* davon. — Der Krieg wurde beschlossen, wie Kriege damals in jenen fernen, unglücklichen Zeiten beschlossen wurden, als die Völker noch nirgendwo von ihren Herrschern befragt und Kriege hervorgerufen und geführt wurden im Interesse von Dynastien oder kleinen Gruppen ehrgeiziger Männer, die gewohnt waren, ihre Mitmenschen als Werkzeuge und Pfänder zu benutzen.“ — Wenn überhaupt, dann kann man der Kriegsschuldfrage sinngemäß nur mit *dieser* Auffassung zu Leibe rücken. Es scheint aber leider, dass Dr. Simons sie nicht kennt oder nicht kennen will.

tiver Respekt vor dem Recht der Sieger auf der anderen Seite mussten natürlich das Ergebnis zeitigen, vor dem wir heute stehen: Wiederbeginn des europäischen Wirtschaftskrieges, neue Völkerverhetzung statt Völkerverständigung, erhöhte Aussicht auf eine allgemeine Endkatastrophe.

\* \* \*

Was wäre wohl nötig, um aus dieser Sackgasse heraus endlich auf die freie Bahn eines vernünftigen Völkerfriedens zu gelangen? Da der Völkerbund offenbar noch nicht das Recht und die Macht besitzt, die streitenden Parteien vor seinen Richterstuhl zu laden (warum eigentlich nicht?), so sehe ich nur noch *einen* Ausweg: *Die objektive Feststellung der historischen Wahrheit in Sachen der Kriegsschuldfrage!*

Die Entente hat das Schuldfragenproblem im Friedensvertrag einfach durch ein Diktat gelöst. Durch die Unterschrift des Artikels 231 erzwang sie die Anerkennung einer deutschen Kriegsverantwortlichkeit, die das deutsche Volk nicht kannte und kennen konnte. Es gab damals kaum einige Dutzend Deutsche, die von dieser Schuld überzeugt waren. Unter allen Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar war wohl Eduard Bernstein der einzige, der über den Tatbestand so unterrichtet war, dass er den Artikel 231 nicht als „Demütigung“ Deutschlands empfand. Infolgedessen lebt auch heute noch in ganz Deutschland die Überzeugung, dass die Kriegsschäden bezahlt werden müssen, *nicht* weil die kaiserliche Regierung den Krieg heraufbeschwor, sondern weil Deutschland den Krieg verloren hat.

Will die Entente das Wiedergutmachungsproblem so lösen, dass die deutschen Milliarden weder auf dem Papier stehen bleiben, noch ein Keim zu neuen Kriegen werden, dann muss sie sich endlich herbeilassen, gemeinsam mit deutschen Sachverständigen die Schuldfrage so zu klären, dass deutscherseits *kein* Widerspruch mehr möglich ist. Wofern sich die Entente überhaupt entschließen wollte, endlich einmal den Sieger- und Richterstandpunkt aufzugeben (das heißt Deutschland als gleichberechtigten Diskussionsredner zuzulassen), wäre das sehr leicht. Um jede Verschleppung und Verdrehung dieser Diskussion im Keim zu ersticken, müsste man die Fragestellung vorher genau umschreiben. Etwa so:

Erstens stellen wir nicht die Frage der allgemeinen, sondern zunächst die der *direkten Schuld der Kriegsauslösung*. Also nicht, inwieweit alle Staaten auf den Krieg zugearbeitet und -gerüstet haben, auch nicht, in welchem Land die Lust zum Krieg am stärksten war, noch viel weniger natürlich die Frage, ob Wilhelm II., Delcassé, Grey oder Iswolsky persönlich den Krieg gewollt haben; sondern einzig und allein die Frage, *wer* im Juli 1914 von der Theorie zur *Praxis*, vom Kriegswillen zur *Kriegstat* übergegangen ist.

Daraus ergibt sich zweitens die Frage, ob Deutschland im Juli 1914 angegriffen worden ist, oder ob es selbst angegriffen hat. Der Angreifer ist derjenige, der auch die Kriegsschäden zu ersetzen hat.

Nach der Beantwortung dieser beiden Fragen kann man drittens die Diskussion über die allgemeine Kriegsschuld eröffnen. Aber nicht mehr als offizielle Aussprache von Regierung zu Regierung, sondern nur noch als Privatunterhaltung der Gelehrten. — Kommt das Ei von der Henne oder die Henne vom Ei? Die Diskussion darüber ist end- und uferlos. Insgleichen werden die Gelehrten noch nach Jahrhunderten darüber streiten, ob der Krieg vom Imperialismus oder der Imperialismus vom Krieg kam, ob und inwieweit Imperialismus, Militarismus, Kapitalismus, Kolonialpolitik, Revancheidee, Rüstungs- und Flottenkonkurrenz, Geheimdiplomatie, Überlegenheitsdünkel, Expansionsdrang und ähnliche Dinge zum Kriege drängten, welchen Entwicklungs„grad“ (nach Dr. Simons) sie in den einzelnen Ländern erreicht hatten und welche „mildernden Umstände“ gegebenenfalls dem Angreifer für seine Tat zugebilligt werden dürfen.

Die beiden ersten Fragen sind rein juristischer, die der allgemeinen Schuld dagegen teils historischer, teils philosophischer Natur. Auf die beiden ersten Fragen gibt es nur *eine* Antwort, die dritte Frage dagegen lässt so viele Antworten zu, als es Nationen, Parteien, Religionen und Klassen gibt.

Die klare Beantwortung der ersten beiden Fragen ist eine unerlässliche Vorbedingung für die Regelung des Wiedergutmachungsproblems, für die Wiederversöhnung der Völker und den Triumph der Völkerbundsidee. Eine klare Beantwortung der dritten Frage (die lächerlicherweise von Deutschlands Vertretern fortwährend als die *einzig*e Frage behandelt wird) ist zurzeit unmöglich und wird

es wahrscheinlich auch für die nächsten Jahrzehnte noch sein. Darum ist sie für die Praxis der Gegenwartspolitik zwecklos. *Wer war der Angreifer?* Aus der Beantwortung dieser Frage ergibt sich das Recht des Angegriffenen auf Entschädigung und entweder die Richtigkeit oder die Nichtigkeit des Versailler Vertrags. Nicht weil wir gesiegt haben, verlangen wir Wiedergutmachung, sondern weil wir glauben und zu beweisen bereit sind, dass wir angegriffen und geschädigt worden sind. Punktum!

Wenn sich die Entente endlich herbeiließe, das Wiedergutmachungsproblem unter Heranziehung deutscher Fachleute dergestalt mit einer vorherigen loyalen Klarstellung des Schuldfragenproblems anzufassen, dann ergäbe sich daraus die Möglichkeit einer gewaltlosen, versöhnenden und fruchtbringenden Politik.

Zunächst müssten dann aus der deutschen Regierung alle jene Männer verschwinden, die wie die Herren Fehrenbach und Simons ein „Zugeständnis“ der „deutschen Schuld“ dort sehen, wo es sich doch nur um die Feststellung einer historischen Wahrheit handelt, die niemals ein Volk, sondern nur immer eine regierende Kaste belasten kann. Niemand verlangt vom deutschen Volk, dass es in einem „Gerichtssaal“ erscheine und dort selbst seine Schuld bekenne. Aber alle Welt erwartet vom deutschen Volk, dass es seine ehemalige Regierung über ihre Politik vom Juli 1914 zur Rede stelle und die Kriegsschulden und -schäden begleiche, die jene in seinem Namen gemacht hat.

Zweitens würde das deutsche Volk dann endlich begreifen, dass die Wiedergutmachung *keine* Kriegsentschädigung ist (wie Deutschland sie 1871 Frankreich diktierte), sondern auf einem historischen *Recht* beruht. Die Alldeutschen und Kommunisten würden sich natürlich niemals zu dieser Auffassung bekennen; aber das ist unwesentlich. Wesentlich wäre eben, dass wir endlich mit der Feststellung der Schuld der ehemaligen deutschen Dynastie einen gewaltigen *Republikanisierungsprozess* in Deutschland eingeleitet hätten, der den Ententevölkern viel vornehmere Friedensgarantien bietet als alle Kasernenarmeen und Sanktionen zusammen genommen.

Drittens ergäbe sich aus alledem eine erste Verständigungsmöglichkeit zwischen den Feinden von gestern. Einem Deutschland, das in Sachen der Schuldfrage umgelernt hat (weil es mit Hilfe

geschichtlicher Tatsachen, die ihm bislang *unbekannt* waren, umlernen *musste*), würde die Entente ganz anders entgetreten und entgegenkommen können, als einem Deutschland, das sich republikanisch nennt und dabei noch immer eine Anklage der kaiserlichen Regierung wie eine Verletzung seiner nationalen Würde empfindet. Deutschland besitzt in England, Nordamerika und Italien so viele einflussreiche Freunde, dass dann nicht mehr, wie bisher, die französischen Nationalisten die Entente politik bestimmen würden, sondern die liberalen, demokratischen und sozialistischen Mehrheiten der Siegerländer.

\* \* \*

Nur so kommen wir endlich von der Gewalt politik los. Nur so gelangen wir, ehe es zu spät wird, zu einer Neuordnung Europas im Geiste des Völkerbundes und der wahren Demokratie.

BERLIN

HERMANN FERNAU

□□□

## RAST

Von EMIL SCHIBLI

Aus trüber Irre bin ich heimgekehrt.  
Wie kam es nur, dass ich den Weg verloren?  
Nun ist mir wieder Heimatglück beschert;  
Der Dämon ist, die Unrast, sanft beschworen.

Der Seele grünt ein schönes Gartenland  
Und Blumen blühen um kühles Brunnenrauschen,  
Und alles trägt ein leichtes, duftendes Gewand,  
Scheint lächelnd einem seligen Lied zu lauschen.

O sanfte Bucht! Gepriesen sei die Rast.  
Und ob ich weiss: es treibt zu dunklen Fahrten  
Der Dämon mich, heut bin ich froher Gast,  
Und Gott ist bei mir in dem stillen Garten.

□□□